



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

die Lage an der türkisch-griechischen und türkisch-bulgarischen Grenze erfordert enge europäische Koordination und unmissverständliche Kommunikation: Wir dulden keine illegalen Grenzübertritte. Die entschlossene Haltung des griechischen Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis verdient unser aller Solidarität. Wir werden in den kommenden Tagen und Wochen weiterhin dafür sorgen, die europäischen Außengrenzen zu sichern und die humanitäre Not zu lindern. Dazu gehört vor allem die Stärkung der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex und die Zusammenarbeit mit wichtigen Herkunfts- und Transitländern. Die Türkei beherbergt mehrere Millionen Flüchtlinge. Deshalb ist und bleibt die Kooperation zwischen der EU und der Türkei bei Migrationsfragen im beiderseitigen Interesse. Wir stehen zu unserem Wort. Meine Haltung dazu erkläre ich ausführlicher auf Seite 3 dieses "Schulterblicks".

Am Donnerstag debattierten wir im Plenum des Deutschen Bundestages über die Bedrohungen durch Rechtsextremismus und Hass für unsere Gesellschaft und die Demokratie. Wir gedachten der Opfer der rechtsterroristischen Morde von Hanau. Der Bundesinnenminister Horst Seehofer sprach über die nötigen Konsequenzen und machte deutlich, dass aktuell die größte Gefahr in unserem Lande vom Rechtsterrorismus ausgeht. Dies ist ein Befund, der jede Einzelne und jeden Einzelnen von uns auf den Plan ruft: Wir alle sind gefragt, für unsere Mitmenschen die Stimme zu erheben. Wenn Menschen angegriffen, ausgegrenzt oder diskriminiert werden, brauchen wir Zivilcourage und dürfen nicht wegschauen.

In der letzten Wahlkreiswoche war ich unter anderem beim Verein Peiner Frauenhaus und bei der IHK (s. S. 6) zu Besuch.

Herzliche Grüße  
Ihre und Eure



## Bericht aus Berlin

### Rechtsradikalismus konsequent bekämpfen

Unser Mitgefühl gilt den Opfern, ihren Familien und Angehörigen der grauenvollen Anschläge in Hanau und Volkmarsen. Diese furchtbaren Taten bedrohen die Grundfeste unserer Gesellschaft.

Menschverachtende Sprache und eine verrohte öffentliche Debatte zerstören unsere gemeinsamen Werte und unser friedliches Zusammenleben. Die Union steht geschlossen mit allen Demokraten im Kampf gegen Rechtsradikalismus. Wir grenzen uns klar und unmissverständlich von rechtsextremer Hetze und Gewalt ab. Deshalb haben wir gemeinsam eine Debatte mit dem Titel „Rechtsextremismus und Hass entschieden bekämpfen – Konsequenzen aus den rechtsterroristischen Morden von Hanau“ am Donnerstagmorgen im Plenum geführt. Wir vertrauen auf den Generalbundesanwalt und die ermittelnden Polizeibehörden, dass die Hintergründe dieser rechtsextremistischen Tat schnell und entschlossen aufgeklärt werden.

Wir werden nicht zulassen, dass Rechtsextremisten unser friedliches Zusammenleben und unsere freiheitliche Grundordnung zerstören. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus hat für uns oberste Priorität. Unseren schon eingeschlagenen Weg mit einem massiven Personalaufbau bei den Sicherheitsbehörden und mit einer regelmäßigen Überprüfung, ob Polizei und Verfassungsschutz alle notwendigen Befugnisse für eine effektive Tätigkeit zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger haben, werden wir weitergehen.

### Gefahr durch Coronavirus kennen und minimieren

Das Coronavirus hat mittlerweile auch Deutschland erreicht. Wir sind unserem Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und seinem Krisenstab für ihren Einsatz und ihre Aufklärungsarbeit dankbar. Die Bewertung der Gefahrenlage wird laufend aktualisiert. So müssen beispielsweise Flugreisende aus China, Italien, Japan, Südkorea und dem Iran sogenannte Aussteigekarten ausfüllen. Auch Zug- und Busreisende werden ausführlich über Anzeichen einer Erkrankung und mögliche Schutzmaßnahmen informiert. Für alle von uns gelten erhöhte Wachsamkeit sowie praktische Hygienehinweise wie etwa: konsequente Husten- und Niesetikette, häufiges und gründliches Händewaschen und Abstand zu Erkrankten wahren. Die Gesundheitsgefahr für die Bevölkerung in Deutschland wird aktuell von den Experten des Robert-Koch-Instituts als mäßig eingeschätzt. Wir sollten alles dafür tun, damit das möglichst so bleibt.



## Bericht aus Berlin

### Humanitäre Hilfe und europäische Lösung für Flüchtlingslager in Griechenland

Die dramatische Lage gerade in den griechischen Hotspots lässt mich und kann uns alle nicht unberührt lassen. Besonders die jüngsten und schwächsten Personengruppen wie Frauen, Kinder und unbegleitete Jugendliche sind in einer äußerst schwierigen Situation. Viele Kinder leiden unter Traumata aufgrund ihrer Kriegserfahrungen und den Zuständen in den Hotspots. Kinder haben keine Möglichkeit, eine Schule zu besuchen. Es droht, dass eine ganze Generation ohne Perspektive und ausreichende Bildung heranwächst.

Die Europäische Union ist hier insgesamt gefordert, eine nachhaltige Lösung zu finden und die Regierung in Griechenland bei der Bewältigung der Herausforderungen zu unterstützen. Gerade für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge benötigen wir zügig umfassende Unterstützung der humanitären Hilfe vor Ort in Griechenland sowie der medizinischen Versorgung mit geschultem Personal. Außerdem sollte eine europäische Aufnahme von Kindern und Jugendlichen aus den überfüllten griechischen Flüchtlingslagern, gegebenenfalls mit einer „Koalition der Willigen“ von EU-Mitgliedsstaaten, zur Entlastung Griechenlands ermöglicht werden.

Ich begrüße, dass Innenminister Seehofer sich auf europäischer Ebene hochengagiert für einen Verteilungsschlüssel einsetzt und auch bilaterale Gespräche mit Mitgliedsstaaten führt sowie weitere Gespräche im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für eine Reform des europäischen Asylsystems angekündigt hat.

Das EU-Türkei-Abkommen ist nach wie vor ein wichtiges Element, ohne dieses Abkommen würde sich die Situation der Flüchtlinge nicht verbessern, sondern u. a. dazu führen, dass sich wieder mehr Flüchtlinge in die Hände krimineller Schlepperbanden begeben und die lebensgefährliche Fahrt über das Mittelmeer antreten.

Der von den Grünen geforderte einseitige, nationale Alleingang mit Übernahme von Kontingenten würde alle europäischen Lösungen erschweren. Dies wäre deshalb der falsche Weg.



## Bericht aus Berlin

### Neue Züchtungstechnologien bieten viele Chancen

Am Mittwochnachmittag nahm ich an einem fraktionsinternen Austausch mit Fachleuten zum Thema grüne Gentechnik und neue Züchtungstechnologien teil.

Äußerst eindrücklich stellten Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft die vielen Chancen dar, die neue Züchtungsmethoden im Pflanzenbereich nicht nur für Landwirte und Gartenbauer, sondern auch für Verbraucher bieten.

Sie erklärten, warum dringend Änderungen des Rechtsrahmens nötig seien.



Gespräch moderiert von Dr. Michael von Abercron MdB (links)

In unregelmäßigen Abständen treffen sich interessierte Fachpolitiker der Union mit externen Fachleuten, um die Entwicklungen im Bereich der grünen Gentechnik und der neuen Züchtungstechnologien zu begleiten und die nötigen legislativen Anpassungen auszuloten.

### Internationaler Frauentag — wir bleiben am Ball!

Anlässlich des internationalen Frauentages am 8. März debattierte der Deutsche Bundestag über die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und zog Bilanz.

Unsere Rednerinnen und unser Redner machten deutlich, dass wir unseren Einsatz und unseren Kampf für Frauenrechte und Gleichberechtigung unbedingt fortsetzen müssen. Denn es sind immer noch viel zu viele Frauen, die Opfer von Gewalt und Diskriminierung werden. Der frauenpolitische Sprecher unserer Fraktion, Marcus Weinberg, führte aus, dass „40 Prozent der Über-16-Jährigen bereits sexualisierte oder körperliche Gewalt erlebt haben.“ Die stellvertretende Fraktionschefin, Nadine Schön, kritisierte den eher sinkenden Frauenanteil in deutschen Parlamenten und Räten. Dieser Kritik kann ich mich nur anschließen!



Deswegen: Wir bleiben am Ball! Allen Frauen wünsche ich viel Kraft und Erfolg für berufliche und persönliche Herausforderungen. Genießen Sie, genießt Euren Ehrentag!





## Bericht aus Berlin

### Impressionen von meinen Berliner Begegnungen



Mit Luisa-Marie Heigl und Julius Nießen  
von der Jungen Union Braunschweig



Mit dem neuen Leiter der niedersächsischen  
Landesvertretung beim Bund,  
Johannes Sturm, und der Landwirtschaftsministerin  
Barbara Otte-Kinast (rechts)



Mit der Europaabgeordneten Lena Düpont



Im Austausch beim Parlamentarischen  
Abend der Deutschen Landjugend



Besuch aus der Heimat: Im Gespräch mit  
Dorothee Hülasing beim Parlamentari-  
schen Abend der Deutschen Landjugend



## Bericht aus Berlin

### Aus dem Plenum

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan.** Wir berieten den Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung des Mandats für den Einsatz deutscher bewaffneter Streitkräfte im Rahmen der NATO-geführten Mission „Resolute Support“ in Afghanistan in erster Lesung. Nach den Präsidentschaftswahlen im Sommer 2019 und der nach vielen Monaten erfolgten Verkündung des Endergebnisses richten sich die Augen nun auf die Vereinbarung zwischen den USA und den Taliban sowie den darauffolgenden innerafghanischen Friedensprozess. Gerade um den nachhaltigen Erfolg dieser Gespräche zu sichern, die Grundlage für die langfristige Stabilität Afghanistans und einen möglichen perspektivischen Abzug der internationalen Truppen sein können, ist die fortgesetzte Präsenz der NATO-Truppen wichtig.

**Zweites Gesetz zur Änderung des THW-Gesetzes.** Wir berieten in erster Lesung über eine Reform des THW-Gesetzes. Mit dem Gesetzentwurf soll das THW-Gesetz an aktuelle und künftige Anforderungen angepasst und zur Stärkung des THW-Ehrenamts überarbeitet werden. Dazu sollen insbesondere die Freistellungsregelungen moderat ausgedehnt werden, um die ehrenamtliche Mitarbeit im THW zu fördern. Mit Blick auf die bereits jetzt geltende Pflicht zur Freistellung von Helfern für THW-Dienste ist für die Wirtschaft allenfalls mit einem geringen zusätzlichen Erfüllungsaufwand von unter 100.000 Euro zu rechnen. Zudem sollen einige Bestimmungen zum Datenschutz an die EU-Datenschutzgrundverordnung angepasst werden.

**Digitalisierung des Planens und Bauens.** In vielen Städten, Landkreisen und Gemeinden in Deutschland wird mehr bezahlbarer Wohnraum für Geringverdiener und die breite Mittelschicht benötigt. Die Digitalisierung kann einen wichtigen Beitrag zur Effizienzsteigerung im Bauwesen leisten. Wir wollen mit diesem Antrag aufzeigen, wie der Prozess der Digitalisierung im Baubereich beschleunigt und durch die Bundesregierung vorangetrieben und unterstützt werden kann. Hier sehen wir die Etablierung des sogenannten „Building Information Modeling“ als Chance, mit dem die Digitalisierung des Planens, Bauens und Nutzens von Bauwerken gebündelt wird. Ziel ist es dabei, in der Planung, in der Ausführung und später bei der Bewirtschaftung leichter mit allen Beteiligten zu kommunizieren und so zu Beschleunigungen in den Verfahren zu kommen.

Einen Überblick über die rund 26 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).





## Bericht aus dem Wahlkreis

### Besuch beim Verein Peiner Frauenhaus

In der letzten Wahlkreiswoche besuchte ich – gemeinsam mit dem CDU-Landtagsabgeordneten Christoph Plett, MdL und der Kreisvorsitzenden der Frauen-Union Marion Övermöhle-Mühlbach – den Verein Peiner Frauenhaus, um mich vor Ort über die wichtige Arbeit gegen Gewalt an Frauen zu informieren.

Gegründet wurde der Verein 1979, bereits vier Jahre später konnte ein autonomes Frauenhaus eröffnet werden. Aktuell finden hier bis zu acht Frauen und elf Kinder Zuflucht vor Gewalt oder Bedrohung. Drei bis sechs Monate verbringen die Frauen im Durchschnitt im Peiner Frauenhaus, bis sie ein selbständiges Leben organisiert haben. Wie mir die Unterkunftsleiterin Nicole Reinert versicherte, wird aber keine Frau ohne Hilfe abgewiesen. Wegen mangelnder Kapazitäten müsse zwar teilweise Frauen die Unterkunft verwehrt werden, jedoch wird ihnen bestmögliche Hilfe geboten, zum Beispiel durch eine Weitervermittlung in umliegende Frauenhäuser.



jedoch wird ihnen bestmögliche Hilfe geboten, zum Beispiel durch eine Weitervermittlung in umliegende Frauenhäuser.

Ich freue mich, dass in den kommenden drei Jahren der Bund die Infrastruktur der Frauenhäuser und Beratungsstellen mit 120 Millionen Euro durch das Programm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ stärkt. Der Beschluss ist Ergebnis eines Runden Tisches von Bund, Ländern und Kommunen. Alle Ebenen stehen in der Verantwortung, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen.

### Neues Gesprächsformat der IHK Lüneburg-Wolfsburg

Die IHK Lüneburg-Wolfsburg hat zu ihrem neuen Format „IHKlartext“ nach Knesebeck im Landkreis Gifhorn eingeladen. Das erste Treffen am 19. Februar in der Buttingakademie zum Thema: „Automobilstandort“ mit interessanten Fachleuten und ausgezeichneten Impulsreferaten war ein toller Auftakt für die Veranstaltungsreihe.

Ich freue mich auf die Folgeveranstaltungen!





**Sprechen Sie uns an —  
wir sind gerne für Sie da!**

## **Kontakt/Impressum**

### **Ingrid Pahlmann MdB**

#### **Bundestagsbüro Berlin**

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 11, 11011 Berlin  
Telefon: 030 227-72341  
Fax: 030 227-76067  
E-Mail: [ingrid.pahlmann@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann@bundestag.de)

Hinweis: Meine Berliner Mitarbeiterin, Agata Kloc, hat am 24. Februar 2020 geheiratet und trägt jetzt den Nachnamen Renner.

#### **Wahlkreisbüro Gifhorn**

Steinweg 5, 38518 Gifhorn  
Telefon: 05371 740 69 28  
Fax: 05371 937 38 74  
E-Mail: [ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de)  
Ansprechpartner: Frederick Meyer



#### **Wahlkreisbüro Peine**

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine  
Telefon: 05171 769 92 49  
Fax: 05171 150 34  
E-Mail: [ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de)  
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas

## **Copyright**

### **Fotos**

Kopfzeile S. 2-6: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde  
Kopfzeile S. 7: Altes Rathaus Peine: Losch/commons.wikimedia.org; privat; Schloss Gifhorn:  
© Anne Bermüller/pixelio.de; Kopfzeile S. 8: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann  
Alle weiteren Fotos: privat